

Jetzt erst recht! Gute Bildung braucht entschlossenes Handeln. Grüne bildungspolitische Schwerpunkte für 2021

Beschlussvorschlag zur Fraktionsklausur September 2020

Vorbemerkung

Die Corona-Pandemie hat das Bildungssystem in Thüringen, die Familien, die Pädagog*innen, die Verwaltungen und ganz besonders die Kinder und Jugendlichen vor völlig neue Herausforderungen gestellt. Der Lockdown unseres Bildungssystems, die Umstellung auf das häusliche Lernen, eine enorme Belastung der Familien mit mehr oder weniger Notbetreuung und all den damit verbundenen Schwierigkeiten liegen hinter uns. In den vergangenen Wochen und Monaten hat der Freistaat Thüringen schrittweise die Rückkehr in eine neue Normalität vorbereitet. Mit Beginn des neuen Schuljahres 2020/2021 ist geplant, dass Kindergärten und Schulen unter Pandemiebedingungen in einen sog. Normalbetrieb (wieder) eintreten.

Klar ist bereits jetzt, dass viele Kinder und Jugendliche, insbesondere Elternhäusern, denen es an finanziellen Mitteln oder aber auch an anderen Kapazitäten fehlt, in dieser Zeit zusätzliche Nachteile in ihrer Bildungsbiografie erfahren haben. Fakt ist: Kinder brauchen Kinder. Ihnen fehlte über Monate der Kontakt zu wichtigen Bezugspersonen, zu Freund*innen, zu Lehrer*innen und sonstigen vertrauten Betreuungspersonen. Die individuelle Förderung in Kindergarten und Schule reduzierte sich drastisch, zusätzlich fehlten vielen Familien die Voraussetzungen für gelingendes häusliches Lernen.

Um zu verhindern, dass diese Kinder und Jugendlichen den Anschluss verlieren, brauchen wir jetzt ein entschlossenes bildungspolitisches Handeln, für welches wir als grüne Landtagsfraktion mit diesem Beschluss spezifische Vorschläge unterbreiten. Aus Sicht der grünen Landtagsfraktion ist es gerade jetzt entscheidend, dass das Recht auf Bildung für Alle von Anfang an gewährleistet werden muss.

Unser Augenmerk gilt vor allem solchen bildungspolitischen Maßnahmen, die dazu beitragen, das Recht auf Bildung für alle zu verwirklichen und unsere Bildungseinrichtungen in die Lage versetzen, ihren Bildungsauftrag umfassend zu erfüllen. Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen müssen sich gut entwickeln können. Schüler*innen müssen Gelegenheiten bekommen, ihre Lernrückstände aufholen zu können. Die digitale Bildung muss mehr Schwung entfalten können und braucht dahinterstehende Konzepte. Besondere Problemlagen im Bildungswesen müssen besondere Unterstützung erhalten, genauso wie Integration und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung einen stärkeren Stellenwert einnehmen müssen als bisher.

Corona-Assistenzkräfte, multiprofessionelle Teams in Kitas und praxisintegrierte Ausbildung

Hygieneauflagen, Abstandsgebot und kleinere Gruppengrößen sorgen in unseren Kindergärten vor allem in den Randzeiten für zusätzlichen Personalaufwand. Zur Abdeckung des corona-bedingten Mehraufwandes wollen wir daher ermöglichen, dass bis zum Ende der Pandemie zusätzliche Assistenzkräfte eingestellt werden können, die mindestens eine Ausbildung als Kinderpfleger*in bzw. Sozialassistent*in absolviert haben müssen. Diese Corona-Assistenzkräfte können befristet auf zwei Jahre bis zu einem Anteil von 10 Prozent auf den Personalschlüssel angerechnet werden.

Damit im Zusammenhang steht die Einführung der praxisintegrierten Erzieher*innenausbildung (PIA). Diese ist neben guten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen

ein zentraler Baustein, damit der anstehende Generationenwechsel auch in den Kindergärten gelingt. Derzeit wird ein Modellversuch in drei Thüringer Regionen durchgeführt. Andere Bundesländer setzen schon länger auf die praxisintegrierte Ausbildung. Als Landtagsfraktion streben wir an, im Zuge der anstehenden Überarbeitung des Thüringer Kindergartengesetzes die praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung flächendeckend in Thüringen zu etablieren, so dass diese im Ausbildungsjahr 2022/2023 landesweit und für alle Träger möglich ist.

Wir haben als Grüne gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern beginnend ab 2020 bereits Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz in Höhe von 7 Millionen Euro für ein Modellvorhaben zur Erprobung multiprofessioneller Teams bereitgestellt. Daraus könnten zusätzliche Stellen in Kitas für unterschiedliche Qualifikationen und Professionen, wie Heilerziehungspfleger*innen, Sprachmittler*innen, Ergotherapeut*innen etc. finanziert werden. Doch bislang wurde das nicht umgesetzt. Wir erwarten vom Bildungsministerium, dass dieses Modellvorhaben gemeinsam mit den Kommunen zügig auf den Weg gebracht wird.

Personalsituation in unseren Schulen krisenfest machen

Gerade in der Krise gilt: Wir müssen einiges tun, um den Unterrichtsausfall zu reduzieren. Dazu gehören eine ausreichend große Vertretungsreserve für langzeiterkrankte Lehrkräfte, eine Öffnung des Seiteneinsteiger*innenprogramms und mehr Nachqualifizierungsangebote, um dem Lehrer*innenmangel in bestimmten Fächern und Regionen entgegenzutreten. Die Anzahl der Lehramtsanwärter*innen für den Vorbereitungsdienst und der Fachleiter*innen an den Ausbildungsschulen muss schrittweise weiter erhöht werden. Erzieher*innen in Horten sollen das Angebot erhalten, endlich zu 100% arbeiten zu dürfen. Eine Angleichung der Bezahlung von Grundschullehrkräften auf A13 und die Streichung des Stellenabbaus im Schulbereich sind zudem längst überfällig. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass diese Maßnahmen so schnell wie möglich im Rahmen des Landeshaushaltes umgesetzt werden.

Kinder- und Jugendliche mit Lernrückständen zusätzlich fördern

Wir benötigen in Thüringen ein flächendeckendes System einer kontinuierlichen schulischen Zusatzförderung, gerade um die Kinder und Jugendlichen zu fördern, die vor oder während der Corona-Pandemie durch Kita- und Schulschließungen (zusätzliche) Lernrückstände entwickelt haben. Dazu gilt es, in den Schulen und Kitas die Lernstände der Schüler*innen durch Lernstandserhebungen und bewährte Leistungsfeststellungsverfahren und Lernvoraussetzungen zu erfassen.

In einem zweiten Schritt sollen Schulen attraktive schulbegleitende und während der Ferien stattfindende Angebote entwickeln. Dafür wollen wir zudem das Schulbudget entbürokratisieren, damit nachholende Angebote, insbesondere für die mathematischen und sprachlichen Fähigkeiten und Kompetenzen in Kooperation mit außerschulischen Partnern deutlich leichter angeboten werden können. Ein Schwerpunkt soll zudem auf der besonderen Unterstützung von außerschulischen Kooperationen von Schulen im ländlichen Raum liegen, da diese es besonders schwer haben Kooperationspartner zu finden.

Sprachförderung intensivieren – DaZ-Lehrkräfte einstellen

Geflüchtete Kinder und Jugendliche haben in der Corona-Pandemie besondere Schwierigkeiten gehabt. Gerade für diejenigen in Gemeinschaftsunterkünften mangelte es nicht nur an Unterstützungsstrukturen, Wohnraum und Rückzugsmöglichkeiten. Auch W-LAN

und digitale Endgeräte waren oft nicht vorhanden. Sprachförderung fand damit über einen großen Zeitraum faktisch nicht statt. Laut Schuljahresstatistik erhalten etwa 18 Prozent aller Schüler*innen mit Sprachförderbedarf derzeit keine Förderung in Deutsch-als-Zweitsprache. Es mangelt also massiv an DaZ-Lehrkräften, sodass wir die Neueinstellung von mindestens 50 Vollzeitstellen für DaZ in diesem Schuljahr für dringend erforderlich halten. Außerdem sind für die neu zu schaffenden Sprachintensivkurse an allgemeinbildenden Schulen und die Vorbereitungsklassen an Berufsschulen ebenfalls entsprechende Ressourcen bereitzustellen.

Schul- und Qualitätsentwicklung wieder in Fokus nehmen

Die Thüringer Schulen benötigen externe Unterstützung bei der Weiterentwicklung ihrer Arbeit im Sinne von Organisationsentwicklung. Dazu wollen wir die Schulämter personell stärken, damit sie flächendeckend die externe Evaluierung durchführen und anschließend bei der Weiterentwicklung der Bereiche „Lehren, Lernen, Schul- und Führungskultur“ begleiten und beraten und nachhaltige Schulentwicklungsprozesse initiieren können. Schulen sollen sich in Schulentwicklungsgemeinschaften untereinander vernetzen können, voneinander und von anderen Schulen - auch im Ausland -lernen, aber auch eigene qualitätsgesicherte pädagogische Ansätze evidenzbasiert entwickeln und verfolgen können.

Digitale Bildung weiter vorantreiben

Lernen und Bildung müssen immer möglich sein, auch wenn der Besuch von Bildungseinrichtungen nicht durchgängig realisierbar sein sollte. Dazu gilt es, die digitalen Lehr- und Lernmöglichkeiten über qualitätsgesicherte didaktische Konzepte und Materialien konsequent auszubauen, die Fortbildung für digitale Bildung zu intensivieren, Lernstrategien einzuüben und die notwendigen Infrastrukturen - insbesondere durch den zügigen Ausbau des Breitbandnetzes - zu schaffen. Dies gelingt dann, wenn vor Ort leistungsfähige IT-Service-Zentren bestehen, die Schulen bei der digitalen Schulentwicklung unterstützen und sicherstellen, dass Medienkompetenzen und Infrastruktur zusammengedacht werden.

Im Schulgesetz haben wir verankert, dass Land und Kommunen gemeinsame Qualitätsstandards für die Arbeit der Medienzentren entwickeln. Das Gesetz gilt ab dem 01. August. Gemeinsame Qualitätsstandards liegen bislang nicht vor. Über den Haushalt 2021 soll daher ein mehrjähriges Modellprojekt initiiert werden, in dem diese Qualitätsstandards unter Begleitung von Expert*innen der digitalen Bildung erarbeitet werden und sich mindestens zwei kommunale Medienzentren zu solchen gemeinsamen Schnittstellen des technischen Supports und der Medienkompetenzentwicklung im Sinne der digitalen Schulentwicklung weiterentwickeln können.

Ab September 2020 können die Schulträger die Mittel für die Anschaffung digitaler Endgeräte aus dem 500-Millionen-Sonderprogramm des Bundes abrufen. Ziel ist es, bedürftige Schüler*innen mit einem schulischen Leihgerät auszustatten. Die Lebensdauer der Laptops und Tablets ist jedoch begrenzt. Eine kontinuierliche Finanzierung der Ausstattung von Schülerinnen und Schülern mit digitalen Endgeräten und die administrative Wartung sind bislang allerdings nicht vorgesehen. Daher schlagen wir vor, über den kommunalen Finanzausgleich zukünftig den jährlichen Schulaufwand für die Schulträger um etwa 5 Millionen Euro jährlich zu erhöhen, um diese Bedarfe dauerhaft zu decken.

Schulen in freier Trägerschaft gute Rahmenbedingungen gewährleisten

Als grüne Landtagsfraktion haben wir uns in den vergangenen Jahren immer wieder für gute Rahmenbedingungen für Schulen in freier Trägerschaft stark gemacht, schließlich erfüllen sie genauso wie die staatlichen Schulen den öffentlichen Bildungsauftrag. Ein vielfältiges Schulwesen in Thüringen, in dem alle Kinder die gleichen Chancen haben, egal welche Schule sie besuchen, ist uns besonders wichtig. Die bisherigen Finanzierungsregelungen für freie Schulen laufen Ende des Jahres 2020 aus und müssen neu geregelt werden. Klar ist für uns, dass es dabei keinerlei Kürzungen geben darf – im Gegenteil. Insbesondere bei Grundschulen und im Sekundarbereich 1 der Gymnasien sowie bei einzelnen Bildungsgängen der Berufsschulen sehen wir dringenden Nachholbedarf. Beim Landeshaushalt 2021 werden wir uns daher dafür einsetzen, dass die Schülerkostenjahresfestbeträge adäquat erhöht werden und sich damit der bereits verabredete Kompromiss des Bildungsministeriums mit der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schulträger in Höhe von 217 Millionen tatsächlich verbindlich im Haushalt 2021 wiederfindet.

Landesstrategie für Bildung für nachhaltige Entwicklung umsetzen

Die Klimakrise stellt für die Ökosysteme unseres Planeten und damit für das menschliche Leben eine existenzielle Bedrohung dar. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll daher in Zusammenarbeit mit freien Bildungsträgern in unseren Kitas, Schulen und in der Erwachsenenbildung noch stärker verankert werden. Dazu wollen wir ein festes Budget für eine ressortübergreifende BNE-Landesstrategie, Umweltbildungsstellen und damit Ansprechpartner*innen vor Ort schaffen. Für Kooperationen sollen den Bildungseinrichtungen feste Budgets zur Verfügung stehen.

Die im Haushalt 2020 zur Verfügung gestellten Mittel für ein Programm „Faire Kita und Faire Schule“ wurden zudem durch das Bildungsministerium bislang nicht genutzt. Wir drängen weiter auf die Umsetzung solcher Vorhaben, welche Bildungsangebote zum Thema „Globales Lernen, nachhaltiger Konsum und fairer Handel“ vermitteln, Weiterbildungen organisieren, Öffentlichkeitsarbeit durchführen und Schulungsmaterial schaffen.

Lernen am anderen Ort stärken

Unterrichtsangebote an anderen Orten erweitern im wahrsten Sinne des Wortes den Horizont. Sie machen Bildung und Geschichte beispielsweise an authentischen Orten erfahrbar, ermöglichen den Kontakt mit Zeitzeug*innen oder Praktiker*innen jenseits von Schule und sorgen für greifbare Lernerfolge, wenn es beispielsweise darum geht, zu verstehen, wie und unter welchen Bedingungen Pflanzen wachsen oder Insekten leben. Vielen dieser außerschulischen Bildungsorte geht es aber auch noch um viel mehr – um Demokratie lernen, menschenrechtsorientierte Bildung und Respekt vor der Natur und den Menschen gleichermaßen. Gerade in Pandemiezeiten bilden außerschulische Lernorte – die oft im Freien sind – sichere Lernumgebungen. Wir wollen Lernen am anderen Ort vereinfachen und Schulen und Kindergärten offensiv ermuntern, derartige Orte regelmäßig zu besuchen und somit auch Bildung für nachhaltige Entwicklung dauerhaft fördern.

Bildung aber sicher

Viele Eltern und Pädagog*innen sind angesichts von Corona in Sorge um ihre Gesundheit – insbesondere, wenn sie selbst einer Risikogruppe angehören oder in der Familie mit Risikopatient*innen konfrontiert sind. Für diese gilt es in einer sicheren Lernumgebung ebenfalls das Recht auf Bildung sicherzustellen und sie soweit möglich an gemeinsamen

Angeboten teilhaben zu lassen. Um von Anfang mehr Akzeptanz zu schaffen, sollen bei der Erstellung von einrichtungsbezogenen Hygienekonzepten in Kitas und Schulen die Pädagog*innen, die Eltern sowie die Kinder und Jugendlichen konsequent eingebunden werden.